



Angelika Gravert

Lernen in der Revolte

**Das griechische Bildungssystem
und seine ideologische
Bedeutung**

Angelika Gravert
Lernen in der Revolte

Angelika Gravert verbrachte einen Teil ihrer Kindheit in Thessaloniki/Griechenland, war in Deutschland Lehrbeauftragte für Psychologie, ist Psychoanalytikerin und Neogräzistin.

Frieder Otto Wolf ist Honorarprofessor für Philosophie an der Freien Universität Berlin. Er ist u.a. Autor von »Radikale Philosophie« (2. Aufl., Münster 2009) und gab bei VSA: »Ideologie und ideologische Staatsapparate« von Louis Althusser (2 Halbbände, 2010-2012) heraus.

Angelika Gravert

Lernen in der Revolte

Das griechische Bildungssystem
und seine ideologische Bedeutung

Mit einem Vorwort von Frieder Otto Wolf

VSA: Verlag Hamburg

Die Autorin dankt sehr herzlich Athanassios Tsingas, Athanassios Charitonidis, Ilia Migardou, Kriton Salpingtis, Ulrike Köppchen, Michaela Prinzing und Prof. Miltos Pechlivanos für ihre wichtige Beratung. Ein Dank auch an Gerd Siebecke und Marion Fisch vom VSA: Verlag.

Ein besonderer Dank gebührt meiner Freundin Angela Stratmann und meinem Mann Martin, die mich beide immer tatkräftig unterstützt haben, wenn ich nicht mehr weiter wusste.

Last but not least möchte ich mich bei Prof. Frieder Otto Wolf bedanken für seine kompetente Hilfe bei der Ausführung und Interpretation meiner Untersuchungsergebnisse.

Inhalt

Vorwort von Frieder Otto Wolf	7
Einleitung	9
1. Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im modernen Griechenland	15
Vom Entwicklungsland zum Mitglied der EU	15
Entstehungsbedingungen des modernen bürgerlichen Staates in Griechenland	25
Die politische Lage nach dem Zweiten Weltkrieg	33
Die politische Wende von 1974	44
2. Das griechische Bildungswesen und seine ideologische Bedeutung	54
Die Struktur des griechischen Bildungssystems.....	54
Das Verhältnis von Nationalstaat und Sprache	58
Die Funktion der Nationalsprache bei der Herausbildung des griechischen Nationalstaates.....	66
Der griechische Sprachenstreit und seine bildungspolitischen Folgen	74
Katharèvoussa als Kompromisslösung	82
Das Erziehungswesen im neu gegründeten Nationalstaat	88
Das Bildungswesen nach dem Zweiten Weltkrieg	90
Die »Wende« im griechischen Bildungssystem	100
Perspektiven für die Zukunft	111
Zusammenfassung und Schluss	118

Anhang	125
1. Formbestimmung des bürgerlichen Staates	125
2. Allgemeine Aspekte der Bildungsfunktion in der bürgerlichen Gesellschaft	131
Literatur	135

Vorwort

Die seit mehreren Jahren in den Medien diskutierte Griechenland-Krise ist sicherlich keine exklusiv oder auch primär griechische Angelegenheit. Am »Fall Griechenland« wird um Problemdefinitionen und Krisenbewältigungsstrategien im Hinblick auf europäische Kräfteverhältnisse gerungen, etwa angesichts der Offensive der EU-Kommission, der EU-Krise durch noch mehr Marktradikalität begegnen zu wollen. Eine realitätstüchtige Gegenwehr kann aber nicht dabei stehen bleiben, schlüssig aufzudecken, wie sich das EU- und europaweit inzwischen das neoliberale Projekt immer weiter verschärft hat – aufgrund eines offenbar unerschütterlichen Elitenkonsenses, welcher angesichts der Krise in seinem Marktradikalismus nicht etwa verunsichert ist, sondern diese Politik marktradikaler Deregulierung und Privatisierung im Zeichen der Austerität nur noch weiter zu steigern versucht.

Kapitalistische Produktion ist aber – aller Globalisierung zum Trotz – keineswegs ortlos. Sie findet in lokalen, regionalen und nationalstaatlichen (innerhalb der EU mitgliedsstaatlichen) Zusammenhängen statt. Während das Kapital es sich gleichsam leisten kann, sich in die virtuelle Welt der Finanzmärkte zurückzuziehen – wenn auch nicht auf Dauer oder vollständig –, ist dies für die kapitalistische Lohnarbeit und ihre Träger keineswegs möglich.

Wer also wirklich die Griechen vor ihren Rettern retten will, muss sich dafür interessieren, wie die kapitalistische Produktion in Griechenland »funktioniert« (oder eben nicht) und wie die kapitalistische Produktionsweise als allgemeine Struktur in Griechenland herrscht. Dies kann nicht in einer statistischen Momentaufnahme begriffen werden, sondern es bedarf der historischen Vergegenwärtigung der Durchsetzung dieser Herrschaft unter den besonderen Bedingungen eines erst im 19. Jahrhundert durch ideologische Konstruktionen auf den Weg gebrachten griechischen Nationalstaates.

Angelika Graverts historisch-materialistische Rekonstruktion der ideologischen Seite dieser besonderen Geschichte – mit dem weiteren Blick auf die historische Durchsetzung der Kapitalherrschaft in einem nationalstaatlichen Rahmen und dem engeren auf die Entwicklung der Bildung – liefert also nicht nur die Grundlagen dafür, solidarisch zu begreifen, was

heute in Griechenland geschieht; sie bringt zugleich einen wichtigen, in der Tat exemplarischen Ausgangspunkt dafür bei, um dem neoliberalen Mythos entgegenzutreten, demgemäß es heute im europäischen Süden einfach nur darum gehe, eine »moderne Rationalität« durchzusetzen. Damit kann man auch die im europäischen »Norden« nötige solidarische Gegenwehr auf eine solidere und wirksamere Grundlage stellen: Es geht auch hier letztlich um spezifische Probleme der historischen Schaffung und Aufrechterhaltung der Voraussetzungen für die Akkumulation von Kapital, die immer auch ideologische sind. Und wir können aus dem »Fall Griechenland« etwas Wichtiges lernen, was die neoliberale Fiktion der weltweiten Einheitlichkeit der Ökonomie lange Zeit hat vergessen lassen: Dass Kapitalherrschaft und Gegenwehr immer nur in ihrer Spezifik wirksam – und daher nur als spezifische historische Gestalten begreifbar sind. Bevor wir wirklich analysieren können, wie die neoliberale Austeritätspolitik heute in die griechische Ökonomie eingreift, müssen wir erst einmal zu begreifen beginnen, wie sich diese besondere Gesellschaft als solche historisch konstituiert hat.

Frieder Otto Wolf

Einleitung

Seit 2008 kommt Griechenland fast täglich in den Schlagzeilen der Medien vor. In Reportagen und Hintergrundberichten über das krisengeschüttelte Land, seine hungernde, frierende und der Hoffnungslosigkeit anheim fallende Bevölkerung, den bankrotten Staat und die marode Wirtschaft werden immer wieder Versuche gemacht, die Ursachen für dieses Desaster zu finden. Die Erklärungsversuche reichen von gegenseitigen Schuldzuweisungen über Verschwörungstheorien bis zu ernsthaften Analysen der wirtschaftlichen Verflechtungen und deren politischen Konsequenzen.¹

Die ökonomischen Ursachen und Folgen der globalen Wirtschaftskrise werden in zahlreichen Publikationen auf breiter Ebene diskutiert, und viele Finanz- und Wirtschaftsexperten erkennen, dass die dramatischen Entwicklungen in Griechenland nicht den einzelnen institutionellen Akteuren, Politikern, gierigen Bankern und der »faulen« Bevölkerung anzulasten sind, sondern dass vielmehr systemimmanente Widersprüche die krisenhafte Entwicklung hervorgerufen haben. Kapitalismuskritische Analysen gehen davon aus, dass es seit den 1980er Jahren eine der »deeply dysfunctional logic of capitalism« (Carroll 2013: 167)² geschuldete Akkumulationskrise gibt. Dieser wird infolge des Drucks der multinationalen Konzerne auf die staatlichen Institutionen der einzelnen Länder mit neoliberalen Umstrukturierungen (Deregulierung der Märkte [Brenner 2002],³ Lohnkürzungen,

¹ Solche Analysen haben z.B. K.H. Roth 2012, M. Karamessini 2012, G. Kritidis 2010, T. Windels 2011 u.v.a. erstellt. Siehe dazu auch die laufende Berichterstattung in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, dem *Handelsblatt*, der *International Herald Tribune*, der *Neuen Zürcher Zeitung* u.v.m.

² Carroll rezensiert in der Zeitschrift *Studies in Social Justice* das Buch *The Evil Axis of Finance* von Richard Westra, das in der Tradition von Marx' *Kapital* eine überzeugende Analyse der langfristigen Folgen des Zusammenbruchs des globalen Finanzwesens von 2008 durchführt und die aktuelle Form des spekulativen »Kasino-kapitalismus« beschreibt.

³ In seinem Buch *Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft* untermauert Brenner (2002) mit empirischen Daten seine an marxistischen Theorieansätzen orientierte These, dass die ungeplante, unkoordinierte und wettbewerbsgestützte Natur der kapitalistischen Produktionsweise zu Überkapazitäten und Überproduktion führe, die aufgrund des tendenziellen Falls der Profitrate sinkendes Wachstum und steigende Arbeitslosigkeit nach sich ziehe.

Verschlechterung der Arbeitsbedingungen) begegnet. Die durch Wechselkursfreigabe und Aufhebung der Goldbindung besonders profitabel gewordene Umschichtung des produktiven Kapitals in spekulatives Finanzkapital hat das Ende des fordistischen Konsumkapitalismus der ersten Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg eingeläutet. Die Folge waren und sind immer wieder platzende Spekulationsblasen an den Finanzmärkten, die 2008 auch die europäischen Banken in die Pleite zu treiben drohten. Das darauffolgende Krisenmanagement der Länder der Europäischen Union (EU) und besonders die Bankenrettungsaktionen der politischen Klasse der Eurozone sind nun seit fünf Jahren allenthalben zu beobachten.

Eines der ersten Länder, die in den Sog dieser Staatsschulden-, Finanz-, Euro- und Bankenkrise gerieten, war Griechenland. Wie die anderen Länder der Eurozone, die ihre Staatsschulden nicht mehr durch Kredite auf den »freien« Finanzmärkten begleichen konnten, wurde auch Griechenland mit »Hilfsgeldern« der EU subventioniert, die mit der Auflage verbunden waren, den Verwertungsinteressen des Kapitals u.a. durch Privatisierungen staatlicher Unternehmen, Lohnkürzungen, Entlassungen im öffentlichen Dienst und Einsparungen der Sozialtransferleistungen (Renten, Gesundheitswesen usw.) Tribut zu zollen. Noch im Oktober 2012 beeilte sich der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble, ein wichtiger, weil potenziell kreditgewährender Bankenrettungsakteur, zu versichern: »It will not happen that there will be a Staatsbankrott in Greece.« (Kritidis 2013) Das hieß letztlich, dass die Länder der Eurozone dafür sorgen, dass die Staatsschulden weiter bedient werden und die Kreditgeber ihre Profite einstreichen können.

Die von der Troika⁴ geforderten und von der griechischen Regierung eingeleiteten Maßnahmen zur Senkung der Staatsausgaben (massive Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor, Rentenkürzungen, Reduktion des Mindestlohns u.Ä.m.) führten zu einer wirtschaftlichen Rezession, die nicht nur das ganze widersprüchliche Konstrukt der Austeritätspolitik⁵ in Frage stellt,

⁴ Die mit dem Begriff »Troika« belegten Emissäre der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) entwickelten ein Austeritätsprogramm, ein »Economic Adjustment Programme« (EAP), das im Interesse der Gläubiger den Staatsbankrott hinauszögern soll. (Roth 2012: 17ff.; Karamessini 2012: 176ff.)

⁵ Austerität = Sparsamkeit. Der bedingungslose Vorrang der Haushaltssanierung führte zwangsläufig in eine Rezession, die wiederum trotz Steuererhöhungen sinkende Steuereinnahmen nach sich zog und trotz Leistungskürzungen die Sozi-

sondern auch massive Proteste in der Bevölkerung auslöste. Die aufgrund des Drucks der Massenproteste und Streiks erzwungenen Neuwahlen im Mai und Juni 2012 stärkten einerseits die Koalition der Linken (SYRIZA), die zur zweitstärksten Partei⁶ aufstieg, andererseits aber auch die nationalistischen Kräfte der Rechten (ANEL und XA),⁷ die mit insgesamt ca. 14% der Stimmen ins Parlament einzogen. Die beiden großen Volksparteien ND und PASOK, die bisher abwechselnd die Regierung gestellt hatten, erreichten bei den Wahlen im Mai und im Juni 2012 kaum mehr gemeinsam eine Regierungsmehrheit. Diese Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse macht deutlich, welche ideologischen Umorientierungen sich durch die Wirtschaftskrise ergeben haben.

Trotz der wachsenden Kapitalismuskritik im Land versuchen viele Griechen nach wie vor, die »Schuldfrage« zu personalisieren und die »Schuldigen« außerhalb ihres Landes zu suchen – bei den Europäern und vor allem den deutschen Politikern, manche halten auch die Chinesen oder die Juden für verantwortlich. Diejenigen, die nach den »Schuldigen« im eigenen Land suchen, sind ziemlich einhellig der Meinung, es seien die griechischen Politiker, die aus Unfähigkeit, Geldgier, Eigeninteresse, Machtversessenheit und/oder fehlender Weitsicht das Land in den Ruin getrieben hätten. So wird die Schuld auf eine gesellschaftliche Schicht geschoben, die moralisch versagt habe. Aber niemandem dieser »Staatsverdrossenen« scheint aufzufallen, dass Griechenland keine »Bananenrepublik« ist. Linksgerichtete, sozial engagierte Griechen hatten zwar lange Zeit unter diversen faschistoiden und reaktionären, dem Militär und den »Westmächten« genehmen

altransfers (z.B. Arbeitslosengeld, Sozialhilfe usw.) ansteigen ließ, sodass weitere Austeritätsprogramme aufgelegt werden mussten, deren vierte Auflage schließlich im Februar 2012 zur Einrichtung eines Sperrkontos führte, um mit den europäischen Hilfskrediten bevorzugt die Gläubiger bedienen zu können. »Damit büßte die griechische Nationalökonomie den Kernbereich ihrer fiskalischen Souveränität ein« (Roth 2012: 39), und der griechische Staat unterstand »einer global abgestimmten De-Facto-Zwangsverwaltung« (Roth 2012: 16).

⁶ Im Mai 2012 bekam die ND (Νέα Δημοκρατία = Neue Demokratie) 18,9%, SYRIZA (Συνασπισμός της Ριζοσπαστικής Αριστεράς = Koalition der radikalen Linken) 16,8%, PASOK (Πανελλήνιο Σοσιαλιστικό Κίνημα = Gesamtgriechische Sozialistische Bewegung) 13,2% der Stimmen; im Juni 2012 gewann die SYRIZA noch einmal Stimmen hinzu und kam hinter der ND (29,7%) auf 27,9%. (Roth 2012: 73 bzw. 75)

⁷ ANEL (Ανεξάρτητοι Έλληνες = Unabhängige Griechen); XA (Χρυσή Αυγή = Goldene Morgenröte)

Regierungen zu leiden, das Land hatte aber seit seiner Gründung als Nationalstaat 1830 immer eine den bürgerlichen Grundwerten verpflichtete Verfassung. Diese wurde zwar öfter ignoriert, verändert und während der Militärdiktatur von 1967 bis 1973 teilweise außer Kraft gesetzt,⁸ gab aber der griechischen Bevölkerung doch das Gefühl, ein bürgerlicher Staat in der Tradition der Nationalstaaten zu sein, wie sie sich seit der Französischen Revolution in Europa konstituiert hatten. Die Bevölkerung wurde nicht, wie in den nordafrikanischen Ländern zu beobachten ist, von einer korrupten Despotenclique⁹ in halbfeudalen Strukturen ausgebeutet und unterdrückt. Seit 1974, nach dem Sturz der Militärjunta, ist Griechenland sogar eine geradezu mustergültige parlamentarische Demokratie geworden, in der zwar faschistoide Randgruppen in Krisenzeiten wie diesen ihr Unwesen treiben können, wo aber weder in den militärischen Kreisen noch in den großen Volksparteien die Tendenz besteht, gegen die aufmüpfige Bevölkerung mit repressiven Maßnahmen vorzugehen. Das demokratische Bewusstsein ist inzwischen bei den griechischen Bürgern so stark verankert, dass sie als Wähler durchaus ihre Politiker und politischen Führungskräfte souverän bestimmen könnten. Wenn das Verhältnis zum Staat und den politischen Eliten im In- und Ausland dennoch durch Misstrauen und Verachtung gekennzeichnet ist, so müssen noch weitere spezifische sozio-ökonomische Bedingungen vorliegen, die dem solidarischen Umgang mit dem Gemeinwesen im Wege stehen.

Die hier vorliegende Studie hat sich die Aufgabe gestellt, die Faktoren zu untersuchen, die für die spezifisch griechischen Bewusstseinsformen, die von vielen Touristen so hochgeschätzte »Mentalität«, wie Großzügigkeit, Improvisationsfähigkeit und Spontaneität, kurz: die »Sorbassche Seele«, aber auch das ausgeprägte Nationalgefühl und das gestörte Verhältnis zu den staatlichen Institutionen bestimmend sind. Ein Faktor, der in dieser Untersuchung vorrangig in Augenschein genommen wird und bisher im öffentlichen Diskurs im deutschsprachigen Raum kaum Beachtung gefunden hat, ist das griechische Bildungswesen, das mehr als nur eine marginale Bedeutung für die ideologische Verarbeitung gesellschaftlicher Prozesse hat.

⁸ Im ersten Königlichen Erlass nach dem Putsch am 21. April 1967 wurden vor allem die Grundrechte der Versammlungs- und Meinungsfreiheit eingeschränkt (§§ 5, 6, 8, 10, 11) und staatsorganisatorische Rechte wie die Zusammensetzung der Regierung u.Ä. (§§ 95, 97) außer Kraft gesetzt.

⁹ Nebenbei bemerkt, ist repressive Politik und Korruption in vielen Ländern nicht ohne Weiteres mit den Charakterschwächen einzelner Führer zu erklären.

Man sagt, die Griechen seien ein stolzes Volk, ihr Nationalbewusstsein sei unerschütterlich. Ihre antike Vergangenheit, ihre Geschichte, ihre philosophischen und wissenschaftlichen Errungenschaften von vor 2000 Jahren werden auch im 21. Jahrhundert nicht nur von den Griechen selbst, sondern von der ganzen Menschheit hochgeschätzt. »Sprache und Kultur der griechischen Antike genossen [und genießen, Anm. d. Verf.] in ganz Europa [...] einen hohen Grad der Verehrung«. (Clogg 1997: 15) »In Griechenland steht die Wiege der abendländischen Kultur«, heißt es, und darauf sind die Griechen, die sich als Nachfahren der alten Hellenen fühlen, sehr stolz. Aber es gibt auch eine andere Seite.

Der Essayist und Dichter Nikos Dimou versucht in seinem kleinen Aphorismenband »Über das Unglück, ein Grieche zu sein« diese andere Seite zu beschreiben. Er stellt fest: »Die Wurzeln des griechischen Unglücks sind [...] [seine] nationalen Minderwertigkeitskomplexe. Der eine in der Zeit – den Vorfahren gegenüber. Der andere im Raum – den ›Europäern‹ gegenüber« (Dimou 2012: 28), und er kommt zu dem Schluss: »[Wir] brauchen vor allem ein neues, auf Wahrheit beruhendes Bildungssystem, das dazu beiträgt, dass unter der ganzen Schminke wieder unser wahres Gesicht auftaucht.« (ebd.: 34)

Bildung und Bildungspolitik sind gesellschaftspolitische Einflussgrößen von oft unterschätzter, sehr komplexer Wirkung, die ein ganzes Leben lang nachklingt und die Gesellschaft ideologisch weitgehend prägt. Aber das Bildungswesen bewegt sich nicht im luftleeren Raum, sondern ist abhängig von ökonomischen, politischen und historischen Voraussetzungen.

In dieser Arbeit soll der Versuch gemacht werden, den Zusammenhang zwischen den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, den staatlichen Institutionen und den ideologischen Implikationen darzustellen. Das Selbstverständnis und die ideologische Prägung der Bevölkerung sind nicht nur das Ergebnis der familiären, sondern auch der schulischen Sozialisation. Deshalb sollen hier die Bildungsfunktion und Bildungspolitik des griechischen Staates auf Basis der historisch spezifischen Konstitutionsbedingungen untersucht werden. Der dazu benutzte methodische Leitfaden zur Form- und Funktionsbestimmung des bürgerlichen Staates im Allgemeinen und seiner Bildungsfunktion bei kapitalistischer Produktionsweise im Besonderen wird im Anhang expliziert.

Im ersten Teil der Untersuchung werden die »reale Basis«, das heißt die Produktionsverhältnisse, der Entwicklungsstand der Produktivkräfte und der soziale und politische Überbau in Griechenland beschrieben. Im zwei-

ten Teil werden das Bildungswesen, die über den »Sprachenstreit« vermittelten Ideologien und ihr Einfluss auf die Bewusstseinsformen untersucht. Dabei wird sich zeigen, dass die griechische Gesellschaft mit noch so vielen vorbürgerlichen Besonderheiten zu kämpfen hat, dass sie es bisher nicht geschafft hat, sich von der glorifizierten Vergangenheit zu lösen und der heranwachsenden Generation das ideologische Rüstzeug und die beruflichen und sozialen Kompetenzen zu vermitteln, die zur Gestaltung einer bürgerlichen Demokratie unter kapitalistischen Produktionsbedingungen erforderlich sind. Die Folge ist eine ideologische Prägung, die es vor allem der älteren Generation immer noch schwer macht, sich als mündige Bürger und Souverän der Staatsgewalt zu begreifen. So kommt Nikos Dimou 1975 zu der These: Die Griechen »sind nicht nur ein Opfer ihres Erbes [ihrer Vergangenheit, Anm. d. Verf.], sondern auch ein Opfer des rückwärtsgewandtesten¹⁰ Erziehungssystems der Welt, das in seiner Kleinkariertheit den ›alten‹ Griechen so ehrfürchtig begegnet, dass diese in ihrer Glorie und Unnahbarkeit zu Statuen erstarren«. (Dimou 2012: 25)

Die Studie soll ein Beitrag sein zur Diskussion über das Verhältnis von Gesellschaft und Staat in einem europäischen Land, das sich seit 1949 durch die Einbindung in den Kreis der westlichen Industrienationen den kapitalistischen Produktionsverhältnissen wirtschaftlich, politisch und sozial scheinbar angeglichen hat. Seit 1974 hat Griechenland ähnlich wie Portugal und Spanien bürgerlich-parlamentarische Strukturen und seit 1981 ist es Mitglied der EU. Die zur Zeit in diesen Ländern besonders gravierenden Folgen der »Systemkrise des Kapitalismus« haben eine gesellschaftliche Dynamik ausgelöst, die sich nicht nur »auf der Straße«, sondern auch im Bildungswesen niederschlagen wird und das emanzipatorische Potenzial freisetzen sollte, das jeder Krise innewohnt.

¹⁰ Der Aphorismenband kam bereits 1975 in Griechenland auf den Markt. Inzwischen wurden wesentliche Reformen im Bildungswesen vorgenommen, sodass das Ausmaß an rückwärtsgewandtem Lehrstoff kleiner geworden ist. Dennoch ist die Kritik Dimous immer noch dahingehend zutreffend, dass die griechischen Vorfahren der Antike, der hellenistischen und byzantinischen Epoche glorifiziert werden und auch die Rezeption der neugriechischen Geschichte auf Heldentaten und -legenden reduziert wird.